

StUB: Ein Fass ohne Boden? (NN, 1.3.2019)

Mit Interesse lese ich, dass den StUB-Verantwortlichen die „Minderförderung“ von Gleisanlagen, die im Straßenbereich verlaufen, „schwer im Magen“ liegt. In Normalsprache übersetzt heißt das doch, dass diese Streckenbereiche im StUB-Verlauf gar nicht förderfähig, also voll aus Eigenmitteln zu tragen sind, wie auch Herr Gräf (technischer Leiter des StUB Zweckverbandes) anlässlich der Sitzung des Ortsbeirats Kosbach-Häusling- Steudach auf Rückfrage ausdrücklich bestätigte.

Man hoffe hier, eine Gesetzesänderung zu erreichen. Auch lese ich, dass die im Bundeshaushalt zur Verfügung stehenden Fördersummen von weit weniger als 500 Mio. überhaupt nicht ausreichend seien, um „die zahlreichen Nahverkehrsvorhaben der Städte auch nur annähernd anzufinanzieren“. Die bisherige Kostenplanung des Zweckverbandes geht von zirka 260 Millionen Euro für die Herstellungskosten und von zirka 40 Millionen Euro für Planungskosten aus.

Erhebliche Streckenabschnitte der StUB verlaufen auf der etwa 25 km langen Strecke im Straßenbereich und sind nicht förderfähig, die Bundesmittel für Zuschüsse sind für Förderungen viel zu gering und die Kosten für den Bau dieses **altertümlichen Schienenprojekts** werden erfahrungsgemäß weit aus dem Ruder laufen.

Wie kann man da vertreten, dass allein **im Jahr 2019 über 6 Millionen Euro an Planungskosten und weitere 1,2 Millionen Euro für den Zweckverband** selbst ausgegeben werden müssen? Das geht ja jetzt seit Jahren schon so und wird sich auch in den kommenden Jahren so fortsetzen. Die Stadt Erlangen ist mit etwa zwei Dritteln an diesen Kosten beteiligt und muss daher in ihrem Haushalt Mittel bereitstellen, die eigentlich für Fahrradwege, Straßenausbesserungen, Brückensanierungen, Kindertagesstätten, Schulen und Sportanlagen dringend benötigt würden.

Und falls dann irgendwann einmal dieses längst durch die moderne Entwicklung des Verkehrs überflüssige gewordene Monstrum gebaut sein sollte, werden die laufenden Unterhalts- und Betriebskosten sowie der Schuldendienst einen großen Teil der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Erlangen einschränken. Warum muss eigentlich solch ein Hasardeurplan immer weiter aufrechterhalten werden?

Rechtsanwalt Peter Rath, Erlangen